

Charakteristisch sei, die Zeit des Übergangs vom Kriegszustand zum Friedenszustand organisiert, und für die Bildung neuer Rohstoffvorräte und die Wiederaufnahme des Außenhandels gesorgt. Sie habe sich besonders mit dem Abschluß von Handelsverträgen, mit dem Wiederaufbau der Handelsflotte, mit der Besserung der Valuta sofort nach Kriegsende, mit dem System der Handlungsreisenden und dem Musterwesen, sowie mit der Förderung des Exports durch die Banken befaßt. Diese Studien seien heute so gut wie zu Ende geführt. Täglich würden neue Arbeiten begonnen, die den Änderungen in der militärischen und wirtschaftlichen Lage entsprechen, und alle diese Maßnahmen seien so vorbereitet, daß sie mit Friedensschluß in Kraft

treten können. Vergleiche man dagegen den Zustand in Frankreich, so fände man 50 Verbände, die einander ganz oder teilweise unbekannt sind, und die seit 3 Jahren Veröffentlichungen herausgeben, die aber von niemand benutzt würden. In Berlin arbeiteten unterdessen mehrere hundert von Spezialisten für den großen wirtschaftlichen Generalstab an der Vorbereitung der künftigen Handelsverträge.

Wir werden nicht geringe Anstrengungen machen müssen, um uns dieser feindlichen Lobspprüche würdig zu erweisen. Es scheint, daß man uns jenseits der Vogesen Fähigkeiten zutraut, von denen wir selber nur schüchtern träumen.

K. S.

Japans Zukunftsjorgen

Im Mittelpunkt aller japanischen Politik stand schon immer die Notwendigkeit, der wachsenden Bevölkerung Raum und Unterhalt zu schaffen. Der Krieg hat dies Problem kompliziert. Der Bevölkerungszuwachs ist außerordentlich groß gewesen und die Ansprüche an die Lebenshaltung sind infolge der Kriegsgewinne und Kriegslöhne gestiegen.

Das starke Wachstum der japanischen Bevölkerung mögen einige Zahlen erläutern. Die Bevölkerungsziffer für Japan (ohne Formosa und Karafuto) betrug:

1885....	37 869 000	} Nach Japan Year Book (Die Zahlen für 1913 und 1914 werden als Schätzung bezeichnet.) (neuestes Zahlungsergebnis im „Japan Weekly Chronicle“ v. 17. Mai 1917).
1895....	42 271 000	
1905....	47 678 000	
1910....	50 985 000	
1913....	52 985 000	
1914....	53 597 000	
1915....	57 442 000	

Der durch die neueste Bevölkerungszählung für 1915 ausgewiesene Bevölkerungszuwachs von fast 4 Mill. in einem Jahre ist enorm. Die japanischen Zählungen sind immer mangelhaft gewesen. Es ist auch möglich, daß ein Teil der Differenz gegen die früheren Zählungen aus Zählungsänderungen sich erklärt. Es bleibt aber trotzdem eine gewaltige Bevölkerungszunahme unbezweifelbar. Diese Entwicklung hat anscheinend im Jahre 1916 weiter angehalten; wenigstens deuten darauf die Zählungsergebnisse für die großen Städte hin, die ich dem „Japan Weekly Chronicle“ v. 17. 3. und 10. 5. entnehme.

Ende 1916 wurde ausgewiesen die Zahl der:

im Stadtbezirk	Wohnhäuser	Bevölkerung	Köpfe pro	
			Wohnhaus	Fläche von 10 000 Tsubo
Tokyo.....	601 770	2 281 420	3,79	980
Osaka.....	317 830	1 508 670	4,75	853
Kyoto.....	96 000	549 770	5,73	516
Kobe.....	121 850	529 860	4,35	473
Yokohama..	91 630	444 010	4,85	400
Nagoya....	94 030	404 150	4,30	328

Der Zuwachs in diesen Städten seit Ende 1915 betrug an:

	Wohnhäusern	Kopffzahl der Bevölkerung	%
Tokyo.....	17 060	36 620	1,63
Osaka.....	8 800	48 450	3,32
Kyoto.....	2 130	10 610	1,97
Kobe.....	7 680	31 540	6,32
Yokohama.....	2 638	15 350	3,58
Nagoya.....	2 770	14 880	3,82

Der in all den vorstehenden Zahlen ausgewiesene Bevölkerungszuwachs steht in engem Zusammenhang mit der glänzenden industriellen Entwicklung Japans im Kriege, ohne den sie einfach nicht möglich gewesen wäre. Am Kriegsende

steht daher das Gespenst der Sorge, daß die Leistungsfähigkeit der Industrie trotz aller Erhöhung in quantitativer Hinsicht nicht ausreicht, um vor der wiedereinfetzenden Konkurrenz europäischer Industrieerzeugnisse zu bestehen.

Und diese Situation droht sich noch durch die Bildung abgeschlossener Wirtschaftskreise zu verschärfen; eine Gefahr, der das in seinen Hauptindustrien völlig auf die ausländische Rohstoffzufuhr angewiesene Japan nur durch den Anschluß an eines dieser Wirtschaftskreise begegnen kann. Einen Vorgesmack der Behandlung, die Japan nach dem Kriege von seinen Verbündeten zu erwarten hat, und der Schwierigkeiten, die ihm in isolierter Stellung drohen, bekommt es jetzt bereits durch die Handelsverbote und -beschränkungen der Verbündeten zu kosten.

Man versteht daher, daß der beabsichtigte Wirtschaftskrieg nach dem Kriege, namentlich in der für das britische Reich von der Reichskonferenz seinerzeit angenommenen Form des abgeschlossenen britischen Rohstoff- und Vorzugszollgebietes, in Japan bange Sorge und zahlreiche Proteste ausgelöst hat.

Bereits im Mai hatte der Landwirtschafts- und Handelsminister darauf hingewiesen, daß Japan seine wachsende Bevölkerung nur als Industrieland ernähren könne, und daß man sich auf einen scharfen Wettstreit um die industriellen Rohstoffe, namentlich Eisen, Baumwolle und Wolle, rüsten müsse. Nur dann habe man Aussicht, die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu wahren. Außerdem gelte es die Eisen- und chemische Industrie möglichst zu entwickeln.

Um dieselbe Zeit wurde die „Central Hotoku-kai“, eine patriotische Gesellschaft, unter Leitung des Generaldirektors Hayakawa von der Mitsui-Bank gegründet, die unter Heranziehung der Spitzen der Behörden und der Geschäftswelt sowie der Presse eine systematische Aufklärungspropaganda in Wort und Schrift entfaltete.

Besondere Beachtung verdient die scharfe Stellungnahme der Vereinigten Handelskammern Japans gegen die künftige britische Rohstoff- und Vorzugszollpolitik. Auf der Tagung zu Anfang Juni, die wegen des politischen Charakters der Besprechungen in geheimen Beratungen stattfand, wurde laut Japan Advertiser v. 3. 6. eine Protestresolution angenommen, da die englische Absicht „nicht nur gegen den Buchstaben und Sinn der Pariser Beschlüsse verstoße, sondern auch die Lage des Handels und der Industrie Japans schwer beeinträchtigen werde. Anschließend wurde als zweite Resolution beschlossen, daß ein Brief an die Londoner Handelskammer hierüber gerichtet werden solle, in dem die Wünsche der japanischen Geschäftswelt über die Nachkriegs-Handelspolitik Großbritanniens auseinandergesetzt werden solle. Die Resolution befragt, daß das Hauptziel der Entente in diesem Kriege die Aufrichtung der Freiheit und des Friedens sei. Die auf der Pariser Konferenz beschlossene

wirtschaftliche Zusammenarbeit sei nur die Manifestierung dieses gemeinsamen Zieles der Verbündeten gewesen. Die Zerstörung dieses gemeinsamen Geistes sei indes unvermeidlich, wenn irgend eine der Mächte eine ausschließliche Handelspolitik verfolge. Dies würde in der Tat zu einem neuen Weltstreit führen und die Früchte des gegenwärtigen Krieges auf nichts vermindern. Jetzt schlage Großbritannien vor, ein Vorzugszolltariffsystem zwischen den verschiedenen Reichsteilen zu schaffen oder die Versorgung anderer Nationen mit den Naturschätzen des Reiches zu unterbinden oder gewisse Beschränkungen der fremden Schifffahrt aufzulegen, wie dies in den jüngsten Resolutionen der Imperial Military Conference in London gezeigt sei. Die japanischen Handelskammern legen großen Wert darauf, die Mitarbeit der Londoner Kammer zur Vermeidung der Anwendung dieser exklusiven Politik zu gewinnen."

Schließlich sah sich auch der Minister des auswärtigen Motow veranlaßt, Ende Juni im Parlament die japanische Öffentlichkeit vor der Unterschätzung der aus dem Wirtschaftskriege entstehenden Gefahren zu warnen, denen zu begegnen Japan alle Kräfte zusammennehmen müsse.

Wichtiger als alle Mahnungen, Warnungen und Proteste sind Taten, und an diesen fehlt es nicht.

In erster Linie ist die zielbewußte Chinapolitik hervorzuheben. Die Herrschaft über China (beziehungsweise über die chinesische Regierung), die sich Japan unter Ausnutzung der politischen Kriegskonjunktur zu verschaffen verstand, bedeutet für Japan für die militärische Zukunft die Möglichkeit, seine Heeres- und Flottenrüstung von ausländischen Stahl- und Eisenerzeugnissen unabhängig zu machen; und für die wirtschaftliche Zukunft neben der für ein Industrieland unentbehrlichen Schaffung einer selbständigen Eisenindustrie den Besitz eines gewissen Rückhaltes in den Gefahren des Wirtschaftskrieges unmittelbar nach dem Kriege und die Hoffnung auf Sicherung der japanischen Rohstoffzufuhr mit der künftigen Entwicklung der chinesischen Produktion.

Der wichtigste Schritt zur Sicherung der japanischen Zukunft ist also bereits geschehen. Aber seine Sanktion wird zwar noch in Washington verhandelt, ebenso wie über den Anschluß an das amerikanische Wirtschaftsreich für die Nachkriegsperiode, aber es ist — angesichts der ständigen Verschlechterung der Kriegslage für den Vielverband — kein Zweifel, daß Japans Stellung in China, wenn auch mit einigen amerikanischen Klauseln, von Amerika ebenso wie vorher von den europäischen Verbündeten anerkannt wird.

Japan ist seiner Sache in China so sicher, daß es bereits seine erste und wichtigste wirtschaftliche Aufgabe in China, die Ausbeutung der chinesischen Eisenerze, gleich mit der Entwicklung der japanischen Eisen- und Stahlindustrie energisch in Angriff nimmt, wie eine Anzahl von Einzelschritten erkennen läßt.

Der Indische Mercur v. 17. 8. teilt mit, daß unter Leitung der Stahlwerke in Nawata (Ryushu) demnächst im Yangsetal nahe den Tabei-Eisenminen eine Stahlgießerei errichtet werden soll. Insbesondere sollen auch zwei Hochofen (je 4000 Tonnen Kapazität, fertig 1919, Gesamtleistung jährlich 280 000 Tonnen Roheisen) gebaut werden. Die jetzige Erzeugung der Tabei-Minen beträgt jährlich etwa 600 000 Tonnen und geht etwa je zur Hälfte nach den Hankauer Stahlwerken und Japan.

Von größerer Bedeutung ist noch der Ankauf der Taochun-Eisenmine in Anhwei. Dort können, wie Japan-American Comm. Weekly v. 2. 7. behauptet, Stahlplatten, bei deren Bezug Japan zurzeit ganz auf Amerika angewiesen ist, hergestellt werden. Das Projekt zum Ankauf

der Mine von der Japan-China Industrial Development Company und zur Errichtung einer Stahlgießerei zur Verarbeitung der Erze in Japan stammt bereits aus dem Vorjahre. Mitte 1916 wollten bereits eine Anzahl führender japanischer Geschäftsleute ein großes Unternehmen zu diesem Zweck gründen. Man hatte bereits von der japanischen Regierung große Zugeständnisse (Zoll- und Steuerbefreiung) erlangt. Das Kapital der neu zu gründenden Gesellschaft sollte 25 Mill. Yen betragen. Der Sturz Okumas machte die Verhandlungen hinfällig. Nunmehr ist aber mit dem Terautski-Kabinett ein neues Abkommen erzielt und das geplante Unternehmen unter dem Namen Oriental Steel Manufacturing Company ins Leben gerufen. Das Kapital wird fast ganz von dem Kreis der Gründer, zu denen natürlich auch Baron Schibusawa gehört, aufgebracht. Nur 100 000 Aktien von den insgesamt 600 000 Stück sind am 15. 8. zur Zeichnung aufgelegt, und selbst hierauf werden nur Mindestzeichnungen von 50 Aktien angenommen. Man will jährlich 170 000 t Roheisen und 100 000 t Stahl, sowie 75 000 t Formeisen erzeugen. Neben dem chinesischen Erz sollten auch koreanische und andere Erze verarbeitet werden. Die Bauzeit der Werke wurde auf drei Jahre veranschlagt. Die japanischen Werke werden in Imari (Präfektur Saga) erbaut.

Die neue Gesellschaft hat die Zollfreiheit für ihre Materialzufuhr von der Regierung zugewilligt erhalten. Doch will die Regierung diese Zugeständnisse auch anderen Stahlwerken zugute kommen lassen. Sie hat zu diesem Zwecke dem Parlament einen Gesetzentwurf zum Schutz der Eisenindustrie unterbreitet. London & China Telegraph v. 17. 9. teilt über den Inhalt mit, daß das Privileg der zollfreien Eiseneinfuhr nicht nur der neuen Gesellschaft, sondern auch den Werken der Mitsu Bishi Company und den Japan Steel Works erteilt werden soll. Außerdem sollen auch andere Unternehmungen (für Erzeugung von Holzkohle, Roheisen und Elektrolytstahl) in ähnlicher Weise begünstigt werden.

Zur gleichen Zeit kommt die Nachricht, daß die Japan Steel Company (Muroan Stahlwerke), ihr Kapital zwecks Ausbau der Werke verdoppeln will. Die beteiligten Unternehmungen (in England Armstrong und Wickers, in Japan Hokkaido Colliery Company) wollen das neue Kapital zu gleichen Teilen aufbringen.

Hierzu halte man noch die Tatsache, daß die Regierung in das außerordentliche Budget für den beschleunigten Ausbau der staatlichen Stahlwerke 8,9 Mill. Yen zur Verwendung noch in diesem Jahre einstellte und das weitere Bauprogramm (30,3 Mill. Yen) in vier Jahren beenden will.

Alles in allem genommen, kann man also feststellen, daß Japan jede Maßnahme ergreift, die helfen kann, seine Eisenindustrie auf eine festere Grundlage zu stellen. Aber auch die anderen Industrien sucht man zu konsolidieren.

Man ist sich bewußt, daß die Massenproduktion billiger Schundwaren vor der wiederkehrenden überlegenen europäischen Konkurrenz nach dem Kriege zusammenbrechen muß und nimmt daher mit voller Energie den Kampf gegen die Schundproduktion durch Schaffung von Standardqualitäten der Ausfuhrwaren und Kontrolle des Exports auf. Die Regierung hat im Juli die wirtschaftlichen Verbände aller Art zur Beratung hierüber zusammenberufen.

Bei der am 12. Juni abgehaltenen Konferenz wies der Handelsminister darauf hin, daß die Klagen über die japanischen Erzeugnisse nicht Seide und Habutai, sondern die handelsüblich als general cargo bezeichneten Erzeugnisse betreffen. Zur Abhilfe müsse man einerseits den mittleren und kleinen Fabrikanten mehr finanzielle Unterstützung gewähren, andererseits aber eine auf den bestehenden Handelsorganisationen aufgebaute In-

stitution zur Aufstellung von Standard-Qualitäten und Überwachung der auszuführenden Waren zu schaffen. Der Hauptzweck ist, wie „Japan Weekly Chronicle“ vom 21. 6. weiter bemerkt, die Massenerzeugung billiger, minderwertiger Waren, die im Krieg außerordentlich zugenommen hat, einzudämmen.

Der durch freien Zusammenschluß der wirtschaftlichen Organisationen zu bildende große Ausführerverband soll also gewissermaßen ein halbamtliches Ausführ-Überwachungsamt bilden, dessen Rechte gemeinsam von der Regierung und dem Verbande festgelegt werden sollen. Für die Unkosten will die Regierung 50 000 Yen jährlich beisteuern. Zur Durchführung muß ein ganzes Netz von Kontrollorganen an den Hafenorten und Industrieplätzen geschaffen werden. Zunächst sollen nach Vorschlag der Regierung Wirkwaren, Glas und Glaswaren, emaillierte Eisenwaren, Matten und Borten der Aufsicht unterworfen werden. Später auch Knöpfe, Seife, Flanell, Bürsten und Baumwollkrepp.

Die Durchführung dieses Regierungsprogramms ist bereits im besten Gang, wie sich aus verschiedenen Nachrichten entnehmen läßt.

Die Hutbortenindustrie hat sich Mitte August zu einem Central Council zusammengeschlossen (Sitz Yokohama, Zweigstelle in Kobe), der vom 1. November an die Ausfuhrkontrolle für diese Industrie ausüben soll. (Jap. Adv. v. 16. 8.)

Die Lieferungen von Seide und Habutai sollten nach der oben zitierten Regierungserklärung einwandfrei sein. Beide sind daher nicht auf die Kontrollliste gekommen. Um so bezeichnender ist es, daß kürzlich in Tokio eine Konferenz über die Habutai-Kondition stattfand, die eine strenge Überwachung der Händler durch die Regierung beschloß. Die Händler sollen nämlich, wie Jap. Adv. v. 21. 8. mitteilt, begonnen haben, das Gewicht ihrer Ware durch Verwendung von Zinn und Salz zu erhöhen.

Neben dieser Industriefontrolle will die Regierung aber auch zur direkten Unterstützung der Industrie durch Ausbau des Kreditwesens schreiten. Die Industrial Bank of Japan (Nippon Kogyo Ginko) soll durch Statutenänderungsgesetz in den Stand gesetzt werden, ihre Kreditgeschäfte auf die Finanzierung der Schifffahrt und der Exportindustrie, namentlich des Chinageschäftes, auszuweiten. Hierzu soll das Kapital von 17 1/2 auf 30 Mill. Yen erhöht werden. Die Regierung stellt jährlich 200 000 Yen zur Sicherung einer Mindestdividende von 7% als Ersatz des vermehrten Risikos zur Verfügung. Für die Kreditgewährung an

die Industrie im Lande tritt die Industrial Bank mit Provinzbanken in Verbindung.

Ob es mit diesen Mitteln gelingt, die japanische Industrie zu heben und vor allem der Schundproduktion und betrügerischen Manipulationen Herr zu werden, bleibt abzuwarten. Bedeutsam ist die Auffassung, der die Naka Foreign Trade Society kürzlich Ausdruck gab. Sie bezeichnete als Hauptursache der Schundproduktion die Abhängigkeit vieler Exporteure von der Industrie und meint, daß es vor allem gelte, diese Abhängigkeit zu beseitigen, dann würden die Industriellen von selbst genötigt sein, bessere Waren zu erzeugen.

Diese Auffassung, die auch für Deutschland wie ein Warnruf vor der drohenden Unterjochung des Exporthandels durch die Industrie klingt, ist natürlich einseitig und kennzeichnet nur eine, allerdings nicht unerhebliche Seite des Problems der Schundproduktion, ebenso wie die Ausfuhrkontrolle allein die Industrie noch nicht zu besseren Leistungen befähigt. Aber man muß sich bewußt bleiben, daß die Kriegsjahre für die Industrie nicht nur Gewinn-, sondern auch Lehrjahre gewesen sind, und daß auch die deutsche Industrie dereinst ihre Entwicklung mit billigen Massenerzeugnissen begann. Ferner: die Hebung der Lebenshaltung, die gestiegenen Löhne bedeuten nicht nur eine Verteuerung der Produktion, sondern steigende Aufnahmefähigkeit des heimischen Marktes, der in jedem industriellen Land als starker Rückhalt gegen ausländische Konjunkturschwankungen unentbehrlich ist. Gelingt es Japan, diesen heimischen Markt durch Heranziehung Chinas auf eine breite Basis zu stellen, also den japanischen Industrieerzeugnissen auf irgendeinem Wege in China eine Vorzugsstellung zu verschaffen (die Reform des chinesischen Zolltarifs, verbunden mit der Aufhebung der Ekinabgaben, gibt dazu, z. B. durch Beseitigung der Exportzölle auf Rohstoffe, ohne Verletzung des Prinzips der offenen Tür mancherlei Gelegenheit; außerdem ist auf dem Wege der Bahntarife usw. allerlei zu erreichen), dann kann in fernerer Zukunft die japanische Industrief Konkurrenz auch auf dem Weltmarkt eine größere Bedeutung gewinnen, als ihr unter der Kriegskonjunktur vorübergehend zukam. Bis dahin hat sie allerdings noch sehr harte Zeiten vor sich. Den gegenwärtigen Kriegsbeschränkungen und Lasten folgen die Gefahren der Nachkriegszeit. Zur Überwindung dieser Periode hat Japan allerdings eine mächtige Stütze in seiner starken Handelsflotte, die für die Nachkriegszeit ein wirtschaftliches Machtmittel von großer Bedeutung bildet.

Dr. P. Heile

Die Japaner in Südamerika

Die Expansionsbestrebungen Japans während des Krieges werden von der gesamten Presse des In- und Auslandes mit größtem Eifer verfolgt. In allen Weltteilen hat in den letzten drei Jahren der japanische Kaufmann mit großem Erfolg wegen der fehlenden oder verminderten Konkurrenz Englands, Amerikas und Deutschlands festen Fuß fassen können und hat es auch nicht an Bemühungen fehlen lassen, nunmehr auch den Südamerikamarkt zu erobern. Aber wenn man all die Fülle von Einzelnachrichten der deutschen, englischen und amerikanischen Presse durchmustert, so ist das Ergebnis eigentlich recht bescheiden: Wie es den Japanern vor dem Kriege nicht gelungen ist, nennenswerte Erfolge in Südamerika zu erringen, so ist auch das, was die Japaner in den drei Kriegsjahren hier erreicht haben, verglichen mit ihren Erfolgen in andern Ländern, verhältnismäßig geringfügig.

Eine intensivere Propaganda, in Südamerika in wirtschaftlicher Beziehung der Union und den europäischen Ländern Konkurrenz zu machen, beginnt in Japan erst im Jahre 1912. Die Tokyo Kisen Kaisha-Dampfschiffahrtsgesellschaft, auf deren Dampfern schon in früheren Jahren einige Tausend Auswanderer nach Südamerika, vor allem nach Peru gebracht waren, verbreitete in diesem Jahre in Japan kleine Broschüren über Südamerika, die Mitteilungen über die Reise dorthin, kurze Nachrichten über Land und Leute in Südamerika und ein japanisch-spanisches Wörterbuch enthielten. In tausenden von Exemplaren verbreitet, hat dieses Buch seine Wirkung auf auswanderungslustige Kreise Japans nicht verfehlt.

Für den japanischen Kaufmann war von Bedeutung eine am 1. März 1913 in Tokio eröffnete Ausstellung südamerikanischer Produkte, die lebhaftes Interesse im Lande gefunden hat.